

p.B.58.01.4 - AN/CX

Anhang zu Bulletin Nr. 32

O S T A F R I K A R E I S E

(28. Juni - 20. Juli 1964)



PO/ew

O S T A F R I K A R E I S E

(28. Juni - 20. Juli 1964)

I. EINLEITUNGAuftrag und Berichterstattung

Am 12. Juni hatte der Bundesrat beschlossen, sich an den Feierlichkeiten zur Proklamation der Unabhängigkeit des britischen Protektorates Njassaland, das nunmehr den Namen Malawi angenommen hat, durch den Unterzeichneten, begleitet vom schweizerischen Geschäftsträger a.i. in Nairobi, Hermann Grob, vertreten zu lassen. Diese Reise bot dem Chef der politischen Sektion West im EPD Gelegenheit, im Verlaufe dreier Wochen ausser Malawi noch einige andere ostafrikanische Staaten, die zu seinem geographischen Arbeitsbereich gehören, aus eigener Anschauung kennen zu lernen, mit unseren dortigen diplomatischen und konsularischen Vertretungen sowie Mitgliedern der Schweizerkolonie Fühlung zu nehmen und durch Gespräche mit zahlreichen in- und ausländischen Persönlichkeiten zusätzliche politische Einsicht in afrikanische Verhältnisse zu gewinnen.

Der Unterzeichnete hat ausserdem auftragsgemäss zu klären versucht, wie das schweizerische diplomatische und konsularische Vertretungsnetz in Ostafrika den neuen Gegebenheiten angepasst werden könnte; diese Frage sowie einige weitere administrative Aspekte werden in einem separaten Bericht behandelt. In Dar-es-Salaam hat er ausserdem mit der Regierung von Tanganyika Verhandlungen über den Abschluss eines Investitionsschutzabkommens eingeleitet; die Handelsabteilung wurde darüber mit Schreiben vom 28. Juni orientiert. Ein Zwischenhalt in Kairo auf dem Rückweg diente sodann, in Begleitung des schweizerischen Botschafters, einer Vorsprache auf dem ägyptischen Wirtschaftsministerium, um eine unerwartete Schwierigkeit, die sich nach der Unterzeichnung des schweizerisch-ägyptischen Nationalisierungsabkommens ergeben hatte, aus dem Wege zu räumen; auch dieser Punkt ist in der ein-

schlägigen Korrespondenz niedergelegt. In einer separaten Notiz an den Delegierten des Bundesrates wurden schliesslich einige Beobachtungen aus dem Bereich der technischen Zusammenarbeit festgehalten.

Die nachfolgenden Ausführungen bezwecken, vornehmlich durch Wiedergabe von Gesprächen mit Persönlichkeiten der besuchten Länder, einige politische Beobachtungen festzuhalten. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Um die Unmittelbarkeit der persönlichen Äusserung zu wahren, wurde mit Bedacht davon abgesehen, die erhaltenen Mitteilungen systematisch zu gliedern. Es handelt sich vielmehr um die chronologische Aneinanderreihung teils widersprüchlicher Äusserungen subjektiver Natur, gewissermassen um Streiflichter, die aber doch geeignet sein dürften, das politische Bild der neuen Staaten Ostafrikas ergänzend zu beleuchten.

Generelle Beobachtungen

Immerhin seien mir zwei kurze einleitende Bemerkungen allgemeiner Tragweite gestattet.

Man hat bei uns meist noch die Tendenz, die schwarze Bevölkerung Afrikas als amorphe, unter sich wenig gegliederte, in ihren einzelnen Teilen kaum voneinander zu unterscheidende Masse zu betrachten. Der Eindruck, dass dies unrichtig ist, hat sich beim Unterzeichneten, nachdem er schon 1961 anlässlich der Unabhängigkeitsfeiern von Senegal verschiedene Staaten der afrikanischen Westküste besucht hatte, im Verlaufe seiner Ostafrikareise verstärkt. In Wirklichkeit bestehen - ganz abgesehen von der grossen sprachlichen Diversität - zwischen den Schwarzen der verschiedenen Gebiete, und oft auch innerhalb der gleichen Staatsgrenzen körperliche, geistige, psychologische, charakterliche Unterschiede, die sich ohne weiteres mit jenen innerhalb der weissen Rasse, beispielsweise zwischen einem Skandinavier und einem Italiener oder einem Griechen und einem Engländer, vergleichen lassen. Es ist unerlässlich, sich diese Tatsache, die nicht zuletzt in den verhängnisvollen Stammeskonflikten sichtbar wird, bei jeder Beurteilung afrikanischer Verhältnisse vor Augen zu halten.

Die zweite Beobachtung ist politischer Natur. Die zunehmende Blockbildung der afrikanischen Staatengruppe in den internationalen Organisationen, die sich aneinanderreihenden panafrikanischen Konferenzen und ähnlichen Manifestationen, in denen das gemeinsame Schicksal und die afrikanische Einheit verkündet werden, wecken den Eindruck eines starken Zusammengehörigkeitsgefühls, eines Strebens nach engstem Zusammenschluss der afrikanischen Nationen. Wie echt und wie tief ist diese Solidarität? Die afrikanische Wirklichkeit lässt hier gewisse Zweifel aufkommen. In seinem eigenen Lande ist der afrikanische Politiker, wenn man mit ihm persönlich zu sprechen Gelegenheit erhält, in der Regel weit nüchterner. Von erträumter afrikanischer Einheit ist kaum mehr die Rede. Was ihn unmittelbar beschäftigt, ist nicht die Verbrüderung, es sind vielmehr realere Dinge, die inneren politischen und wirtschaftlichen Sorgen seines neuen, meist noch wenig konsolidierten Staates, die Hilfe, die aus Ost und West zu erhalten wäre, die immer wieder aufflammenden Differenzen mit dem afrikanischen Nachbar, die man nach aussen wohl übertünchen, aber nicht aus der Welt schaffen kann. Dies will keineswegs besagen, dass das Ideal der afrikanischen Solidarität bedeutungslos wäre. Im politischen Alltag der afrikanischen Nationen tritt aber viel näher Liegendes weit stärker in den Vordergrund.

II. KENYA (29. Juni - 3. Juli)

Vorbemerkungen

Ehemals britische Kolonie, seit 12. Dezember 1963 unabhängig; vorderhand als konstitutionelle Monarchie im British Commonwealth verblieben. 583'000 km² mit ca. 8,7 Millionen Einwohnern, wovon ca. 8,4 Millionen Afrikaner, 180'000 Asiaten, 40'000 Araber und noch etwa 53'000 Europäer. Im 16-köpfigen Kabinett, dem als Ministerpräsident der ehemalige geistige Leiter der Mau-Mau-Bewegung, Jomo Kenyatta vorsteht, sitzen auch ein Asiate sowie als Europäer der Landwirtschaftsminister Bruce Mackenzie, ein ehemaliger südafrikanischer Fliegerheld des Zweiten Weltkriegs, der sich später in Kenya ansiedelte. Mangels genügender eigener Kader noch viele

Briten in Verwaltung und Polizei. Im Zuge der Afrikanisierung Bezug qualifizierter Persönlichkeiten aus Ghana, Nigeria und Sierra Leone zur Besetzung von Posten wie Chief Justice, Hochschulrektor etc., die akademische Vorbildung verlangen. - Hauptexportprodukte sind Kaffee, Tee, Sisal (grosse schweizerische, von den Amboni Estates in Tanganyika abhängige Sisal-Plantage). - Schweizerkolonie: etwas über 200 Personen. Schweizerische Interessen von der Botschaft in Nairobi mit Geschäftsträger a.i. Werner Grob unter der Verantwortung von Botschafter Dürr in Addis Abeba ausgezeichnet gewahrt. - Nairobi selbst hinterlässt den Eindruck einer aufstrebenden modernen Stadt. Sie ist weiterhin das natürliche Wirtschafts- und Verkehrszentrum des ehemaligen Britisch Ostafrika; beherbergt nach wie vor die aus britischer Zeit übernommenen "General Services" für Kenya, Tanganyika-Zanzibar und Uganda.

Tom Mboya

Generalsekretär der führenden Kanu-Partei, "Minister of Justice and Constitutional Affairs", 33-jährig, der "brilliant young man" der Regierungsequipe. Intelligent und ehrgeizig; hinterlässt den Eindruck geballter Kraft und verfügt über grosse Arbeitskapazität; offensichtlich die rechte Hand Kenyattas.

Unser Gespräch dreht sich vor allem um die von Mboya vorbereitete Verfassungsreform. Die gegenwärtige Verfassung mit ihrem stark föderalistischen Einschlag sei von vorneherein nicht voll befriedigend gewesen. Wenn die Mehrheitspartei (Kanu) sie schliesslich akzeptiert habe, so nur deshalb, weil ohne sie die Unabhängigkeit nicht erhältlich gewesen wäre. Nun werde aber der Weg einer demokratischen Verfassungsrevision beschritten. In der neuen Konstitution werde die föderative Struktur mit regionalen Parlamenten und regionalen Exekutiven neben den Zentralbehörden beibehalten werden. Radikale Wandlungen sollen vermieden werden, um die Stabilität des Landes, die - eigentlich wider Erwarten - seit der Unabhängigkeit gewahrt werden konnte, nicht zu gefährden. Man denke auch keineswegs daran, eine Einheitspartei zu schaffen. Die Opposition sei vielmehr als Instrument der Kritik und der Kontrolle eine Notwendigkeit. Regierung und Opposition sollen sich nicht feindlich gegenüberstehen. Geplant sei aber eine Akzentverschie-

bung von den Regionen auf die Zentralgewalt, nachdem sich erwiesen habe, dass die den Regionen durch die Verfassung überlassenen Finanzquellen für die ihnen ursprünglich überbundenen Aufgaben nicht ausreichten. Die Regionen sollen deshalb von gewissen Funktionen, die über ihre Kräfte gehen, entlastet werden. (Der umgekehrte Weg, den Regionen zur Bewältigung ihrer Aufgaben vermehrte Mittel zur Verfügung zu stellen, ist offensichtlich von Mboya von vorneherein ausgeschlossen worden.) Ausserdem sollen fürderhin sämtliche Einkünfte allein der Zentrale zufließen und von ihr sodann den Regionen im Rahmen der Bedürfnisse zugeteilt werden. - Lächelnd fügte Mboya bei, dass in gewissem Sinne für die gegenwärtigen Verfassungsschwierigkeiten ein Schweizer, nämlich Minister Z e l l w e g e r , der bekanntlich als Verfassungsexperte von der Oppositionspartei (Kadu) herangezogen worden war, die Verantwortung trage. Er, Mboya, sei aber Herrn Zellweger darob keineswegs gram, schätze ihn vielmehr sehr, habe persönlich in den wochenlangen Diskussionen mit unserem Landsmann, die dieser stets ruhig und objektiv geführt habe, auf verfassungsrechtlichem Gebiet Entscheidendes gelernt, was ihm nun in seiner heutigen Aufgabe sehr zugute komme. Auch Zellweger habe sich der Einsicht nicht völlig verschliessen können, dass eine stark föderative Struktur in einer jungen Nation wie Kenya mit ihrem grossen Mangel an Erfahrung und an qualifizierten Beamten schwer realisierbar wäre und dass schweizerische Verhältnisse auf einen solchen Staat nicht unbesehen übertragen werden könnten. Man sei jedenfalls als gute Freunde geschieden.

Zum Problem der geplanten Ostafrikanischen Föderation (Kenya, Uganda, Tanganyika) befragt, erklärt Mboya, grundsätzlich sei jedermann dafür. Doch stellten sich erhebliche praktische Probleme, weshalb die Entscheide nicht überstürzt werden sollten. Die Dinge müssten vielmehr, wie dies auch Präsident Nyerere von Tanganyika soeben erklärt habe, ausreifen. Es wäre ein Rückschlag, die Föderation zu rasch errichten zu wollen, um sie dann auseinanderfallen zu sehen.

Der neue Staat Malawi wäre seinerseits kaum ein Kandidat für die Mitgliedschaft in der Föderation. Geographisch, ethnisch und wirtschaftlich sei er vor allem nach dem portugiesischen Mozambique hin orientiert. Die Rolle Dr. Bandas liege - wie Mboya als persön-

liche und vertrauliche Meinungsäusserung beifügt - eher darin, durch Kontakte mit Lissabon für Mozambique sukzessive den Weg zu einer souveränen Union mit Malawi zu suchen und auf diese Weise revolutionäre Unruhen (die auch Nachbarstaaten in Mitleidenschaft ziehen könnten) möglichst zu vermeiden.

Gegenüber Somalia glaubt Mboya an einen baldigen Ausgleich, nachdem nunmehr offenbar beidseits der gute Wille dazu vorhanden zu sein scheine. (Der somalische Informationsminister, den ich in Blantyre anlässlich der Unabhängigkeitsfeiern von Malawi hierauf ansprach, äusserte sich seinerseits ähnlich zuversichtlich.)

T.M.C. Chokwe

Hatte im April 1963, noch vor der vollen Unabhängigkeit, als "Minister of Communication" Bern aufgesucht, wo ich ihn anlässlich eines Mittagessens im Wattenwyl-Haus näher kennen gelernt hatte. Seitdem er in den letzten Wahlen von einem Kandidaten der Oppositionspartei geschlagen wurde, ist er nunmehr zum "Speaker of the Senate" berufen worden. Hat seinen Aufenthalt bei uns in bester Erinnerung behalten und ist froh, dass einer seiner Schützlinge, dem Gelegenheit geboten wird, sich auf der Flugplatzverwaltung Cointrin auszubilden, ausgezeichnete Fortschritte macht. Sehr interessiert am gegenwärtig von der T.Z. erwogenen Projekt eines Kurses für 10 junge Diplomaten aus Kenya in Genf.

Sir Malcolm MacDonald, Governor General.

Sohn des ehemaligen britischen Premierministers. War lange in Ostasien tätig und hat auch an der Laoskonferenz in Genf teilgenommen.

Seine Prognose für die Zukunft Kenyas ist gut, sofern die gegenwärtige Stabilität aufrecht erhalten werden kann. Hat eine grosse Hochachtung für Kenyatta, der sich, entgegen anderslautenden Voraussagen, seit der Regierungsübernahme als weise und verantwortungsbewusst erwiesen hat, natürliche Autorität besitzt und mit dem der Generalgouverneur ausgezeichnete persönliche Beziehungen unterhält. Es wäre wünschbar, wenn Kenyatta, dessen Alter auf etwa 73 Jahre geschätzt wird, noch einige Zeit am Ruder bleiben könnte.

Die Frage seiner Nachfolge wird nicht leicht zu lösen sein. An sich hätte Mboya, "a forceful personality", die Begabung und die Eignung eines künftigen Führers in sich; gegen ihn sprächen seine gelegentlich durchbrechende Arroganz, die ihm viele Feinde schafft, und der Umstand, dass er nicht dem führenden Stamm der Kikuyu, sondern dem zweitgrössten, rivalisierenden der Luo angehört. Die Nachfolge, für die es auch andere, teils nicht ungefährliche Bewerber gibt (wie beispielsweise den angeblich in chinesischem Solde stehende Oginga Odinga, Minister for Home Affairs) ist jedenfalls noch offen.

In bezug auf Zanzibar sieht MacDonalld den ursprünglichen Fehler auf britischer Seite, wo man die Stärke der Opposition gegen den Sultan vollständig verkannt habe. Tanganyikas Präsident Nyerere versucht nun, weil ihm die Machtmittel fehlen, Zanzibar mit Geduld und Ueberzeugung, Schritt um Schritt, der kommunistischen Gefahrenzone zu entziehen. Sein Mitspieler Karume aus Zanzibar stösst aber weiterhin auf den Widerstand des berüchtigten Babu. Dennoch hat Nyerere, der ein kluger, gemässigter und vorsichtiger Mann ist, mit seinem behutsamen Vorgehen wohl den einzigen gangbaren Weg eingeschlagen. Es liegt in seiner Wesensart, unerwartete Situationen philosophisch zu prüfen, bevor er sich zum Handeln entschliesst. Sein Verhalten angesichts der Meuterei, bei der sein einflussreicher Aussenminister Kambona ungeachtet seiner radikaleren politischen Tendenzen zum Glück eine grosse persönliche Loyalität an den Tag legte, habe dies ebenfalls gezeigt. Es liegt nicht in Nyereres Natur, den Knoten mit einem kurzen Schlag zu durchhauen, was leicht hätte schlecht ausgehen können. Die westliche Presse zeige für die delikatsten Situationen, mit denen sich Nyerere auseinandersetzen habe und die nur mit Fingerspitzengefühl zu lösen seien, oft nicht das wünschbare Verständnis. Nyerere brauche Zeit und verdiene Vertrauen.

Humphrey Slade, Speaker of the House.

Gelangte seinerzeit als junger englischer Anwalt nach Kenya, wo er sich niederliess und inzwischen auch das Bürgerrecht erwarb. Auf meine Frage, wie er als Europäer dazu komme, zum "Speaker" des

Repräsentantenhauses im schwarzen Kenya berufen zu werden, führt er zwei Gründe an: vor allem das gegenseitige Misstrauen unter den Parteien und den Stämmen, das allein Beteiligten die Bezeichnung eines Aussenstehenden, dem man allein die nötige Objektivität zutraut, ratsam erscheinen liess; sodann den Mangel an eigenen qualifizierten Leuten, welche, soweit vorhanden, zumeist als Regierungsmitglieder bereits eingesetzt seien. Slade fühlt sich - wie er sich ausdrückt - durch das ihm erwiesene Vertrauen geehrt. Erblickt seine Aufgabe darin, das Kenya-Parlament, wo unter 126 Volksvertretern auch zwei Weisse, mehrere Inder, Pakistani, Goanesen und Araber sitzen, mit dem britischen parlamentarischen System vertraut zu machen. Glaubt, dass ihm Sympathie entgegengebracht wird, und ist in seiner Aufgabe glücklich. Empfindet Kenya heute als "sein Land". Die Bevölkerung sei warm, menschlich, empfindsam, wenn man sie zu nehmen wisse, allerdings auch plötzlicher Ausbrüche fähig. Hofft, dass das Experiment, das der Mühe wert sei, gelingen möge. Empfindet seinerseits grosse Hochachtung für Kenyatta, schätzt aber auch Mboya, den er als den fähigsten unter der jungen Garde bezeichnet.

Ich habe auf Einladung von Slade einer Parlamentssitzung (Fragestunde), die sich in den traditionellen britischen Formen, die Amtspersonen in Perücke etc. abwickelte, besucht. Die jungen Parlamentarier geniessen sichtlich ihre neue Rolle und die Diskussion ist lebhaft. Man hat den Eindruck, einer Klasse aufgeweckter, fröhlicher Jugendlicher im Flegelalter gegenüberzusitzen, die Slade als weiser und verständnisvoller Lehrer gewähren lässt und mit viel Humor in die richtigen Bahnen lenkt, um dann allerdings, wenn die Dinge zu überborden drohen, nur selten, dafür aber mit unerwarteter Energie erfolgreich durchzugreifen. - Eindrücklich auch der Premierminister Kenyatta, der es nie unterlässt, sich vor dem - weissen - Speaker, wie es sich gehört, beim Betreten und Verlassen des Parlaments respektvoll zu verneigen!

Sir Geoffrey de Freitas, British High Commissioner, Doyen des diplomatischen Corps, zuvor Labour-Abgeordneter in London.

Beurteilt die Aussichten für eine Ostafrikanische Föderation heute als gering. Deren Zustandekommen wird durch ein starkes "tribal system" paralyisiert. Da in einer Föderation vermutlich Kenyatta Prä-

- 9 -

sident würde, fürchten dessen eigene Kikuyus, ihre Vormachtstellung in Kenya zu verlieren (z.B. durch ein Vordrängen des übrigens auch von Freitas hochgeschätzten, den Luos zugehörigen Mboya), und sind deshalb das grösste Hindernis für den Zusammenschluss. Das Ausbleiben der Föderation birgt indessen für Kenya grosse wirtschaftliche Gefahren. Nairobi ist als - rasch wachsendes - Zentrum eines gemeinsamen ostafrikanischen Marktes von 25 Millionen Konsumenten konzipiert. Als Kapitale eines Einzelstaates von nur 8 Millionen wäre sie aber überdimensioniert. Ein Rückgang der Investitionen, die vornehmlich durch die Aussicht auf einen grossen Markt angezogen wurden, wäre die Folge, damit auch ein Absinken der Prosperität. Er, Freitas selbst, der in der Erwartung nach Nairobi gekommen sei, Hochkommissär bei der Föderation zu werden, habe nun, da sie ausbleibt und da ihm Kenya allein als Wirkungsfeld keine genügende Aufgabe bietet, für den November seine Demission eingereicht. Dennoch werde Nairobi, wenn auch mit geringerer Intensität, das Zentrum Ostafrikas bleiben. Alle gemeinsamen Wirtschaftsorganismen sind hier konzentriert, zwei Drittel sämtlicher Telephongespräche Ostafrikas kommen von oder gehen nach Nairobi, die Luftfahrtlinien strömen hier zusammen. Damit sei Nairobi, Föderation hin oder her, nach wie vor der gegebene Ort für eine diplomatische Schwerpunktbildung.

Freitas hofft - wenn er auch des Erfolges nicht ganz sicher ist - dass der Versuch eines parlamentarischen "multi racial state", den Kenya unternimmt, gelingen möge; "multi racial" nicht nur wegen der asiatischen, arabischen und europäischen Bevölkerungsgruppe, sondern auch angesichts der Tatsache, dass unter den Schwarzen selbst derart gegensätzliche Elemente wie Bantus, nilotische und hamitische Stämme im gleichen Staate zusammengefasst sind. - Interessant seine - übrigens auch andernorts festzustellende - Beobachtung, dass sich das Ressentiment des Schwarzen in der Regel eher gegen den weit stärker als Nebenbuhler empfundenen Asiaten als gegen den doch zumeist einem anderen Lebenskreis angehörenden Europäer richtet.

Eines der schwierigsten für Grossbritannien in Afrika verbleibenden Probleme werde, wie Freitas abschliessend bemerkte, jenes von Südrhodesien sein. Ein Ausweg müsse hier unbedingt gefunden werden. Dieser könne aber unter keinen Umständen in einer einseitigen Unab-

./.

hängigkeitsproklamation bestehen. Jan Smith, der neue Premierminister, müsse wissen, dass er in einem solchen Falle sowohl von Grossbritannien wie auch von den USA sogleich fallen gelassen würde.

III. UNABHAENGIGKEITSFEIERN VON MALAWI (NJASSALAND)

(4. - 8. Juli)

Vorbemerkungen

Am 6. Juli hat das ehemalige Njassaland, das nach einem legendären Königreich der Vorzeit in "Malawi" umgetauft wurde, seine Unabhängigkeit erlangt. Das Staatsgebiet, das etwa dreimal so gross wie die Schweiz ist, aber nur 3 Millionen Einwohner (wovon 12'000 Asiaten und etwas mehr als 8'000 Europäer) aufweist, ist damit zum jüngsten Staate Afrikas und gleichzeitig zum jüngsten Mitglied des British Commonwealth, mit Elisabeth als Königin, geworden. Das Gebiet von Malawi wurde 1859 von Livingstone entdeckt und stand seither unter starkem Einfluss der Mission der "Free Church of Scotland"; Premierminister Banda selbst ist ein "Elder of the Church of Scotland" und verlieh den Unabhängigkeitsfeiern eine betont christliche Note. 1891 hatten sich die Stämme der Region freiwillig unter den Schutz Grossbritanniens gestellt. 1953 entstand gegen den Willen der Einwohner die Zentralafrikanische Föderation, in welcher das Land mit Süd- und Nordrhodesien zusammengefasst wurde.

Gegen diese Föderation, die als Instrument zur Verewigung der Rechte der weissen Siedler empfunden und auch in aufgeschlossenen britischen Kreisen kritisch beurteilt wurde, richtete sich der leidenschaftliche Kampf von Dr. Hastings Kamuzu Banda. Seine Persönlichkeit hat dem heutigen Malawi den Stempel aufgedrückt. Er ist der unbestrittene Führer, neben dem seine jungen, unerfahrenen Mitstreiter verblassen. Es mag deshalb angebracht sein, sich mit ihm, dessen Schicksal in manchem an jenes Kenyattas erinnert, etwas näher zu befassen. Als 13-jähriger Zögling der schottischen Missionsschule war er 1915, auf der Suche nach weiterer Bildung, fortgezogen, zuerst nach Südafrika, dann nach Amerika, wo er - oft unter mühseligen Umständen - Medizin zu studieren begann, um seine Ausbildung in

Schottland zu beenden und viele Jahre lang in einem Londoner Vorort zu praktizieren. Von dort aus begann er auch, sich aktiv für die Unabhängigkeit seines Landes einzusetzen und seine Partei zu organisieren. Als er 1958 - nach vierzigjährigem Exil - in die Heimat zurückkehrte, wurde er wie ein nationaler Messias gefeiert. Der Umstand, dass er inzwischen die Sprache seiner Jugend verlernt hatte und nur noch ein - übrigens ausgezeichnetes - Englisch spricht, vermochte seiner Strahlkraft keinen Abbruch zu tun. Der weitere Ablauf der Ereignisse - sein Kampf gegen die Föderation, der blutige Aufstand von 1959, seine Einkerkierung durch den Ministerpräsidenten der Föderation, Sir Roy Welensky, sein Wahlsieg 1961, seine Freilassung, die Auflösung der Föderation und nunmehr die Verleihung der Unabhängigkeit - ist noch in lebendiger Erinnerung.

In der kurzen Zeit der Selbstverwaltung seit 1962 hat Njassaland unter Banda zweifellos Fortschritte gemacht. Die Stammesrivalitäten wurden weitgehend beigelegt und es konnte ein wirtschaftlicher Aufschwung (der mir beispielsweise vom Schweizer Johann Abegg, einem führenden Geschäftsmann in Blantyre bestätigt worden ist) eingeleitet werden. Malawi lebt vor allem von der Landwirtschaft; sie wird von häufigen Regenfällen und der Fruchtbarkeit des Bodens begünstigt. Hauptprodukte sind Tee - das Land ist der grösste Teeproduzent Afrikas - Tabak, Baumwolle, Mais, Kaffee, Tungöl und Erdnüsse. Doch verfügt Malawi über keine nennenswerten Bodenschätze, und Dr. Banda ist sich der Tatsache bewusst, dass er noch lange auf die wirtschaftliche Hilfe des Westens angewiesen bleiben wird.

Unabhängigkeitsfeiern

Es dürfte sich erübrigen, auf das umfangreiche Programm der Feierlichkeiten, in denen vier Tage lang die üblichen Reden, die obligate Denkmalsenthüllung, der feierliche Flaggenwechsel, die zeremonielle Parlamentseröffnung samt Botschaft der Königin und Ueberreichung der neuen Verfassung durch den Herzog von Edinburgh, sowie die anderen dazugehörenden Manifestationen aneinandergereiht wurden, im einzelnen einzutreten. Alles wickelte sich im reizvollen Rahmen der fast "tessinisch" anmutenden Hügelandschaft, in der das Zentrum Blantyre (62'000 Einwohner) und die Verwaltungskapitale Zomba

(ca. 10'000 Einwohner) mit Gouverneurspalast und Parlament gelegen sind, unter diskreter Aufsicht einer Equipe erfahrener britischer Polizeioffiziere sozusagen reibungslos in froher Feststimmung ab. Immerhin seien im folgenden einige bemerkenswerte Aspekte hervorgehoben.

Da sind zunächst die - stets frei und zumeist improvisiert gehaltenen - Reden des Premierministers zu erwähnen. Sie entsprachen durchaus der Charakterisierung, die schon der britische Generalgouverneur in Nairobi dem Unterzeichneten über Banda gegeben hatte: drei Viertel Vernunft und Weisheit, ein Viertel unkontrollierbare, manchmal beängstigende Leidenschaft. Zur vernünftigen Seite gehörten der aufrichtige Dank an Grossbritannien für die Gewährung der Unabhängigkeit, der Dank an die Königin und ihren Gemahl "for their wise words of encouragement and advice", die offenkundig ehrliche Bereitschaft, die Vergangenheit zu vergessen ("our quarrel with the British Government is over, they are our friends"), das besondere Kränzchen, das dem anwesenden Iain Macleod gewunden wurde, der als Kolonialminister den entscheidenden Schritt zur Auflösung der Föderation und in Richtung auf die Unabhängigkeit Njassalands getan hatte, die Versicherung, über alle Unterschiede der Rasse, Farbe oder Religion hinweg als Brücke zwischen Afrikanern auf der einen, Europäern und Asiaten auf der anderen Seite wirken und sie, wenn sie guten Willens sind, als "fellow citizens" aufnehmen zu wollen. Eindrücklich auch Bandas Mahnung an die eigenen Landsleute, von der Unabhängigkeit keine Wunder zu erwarten; im Gegenteil: nun werde es erst recht gelten, hart zu arbeiten, die Produktivität zu steigern, eigene Wünsche hintanzusetzen, Opfer auf sich zu nehmen, ohne Illusion "poverty, ignorance, disease" zu bekämpfen; doch werde Malawi in diesem Kampf - "we accept it as a challenge" - nicht allein stehen; es wisse, dass es von seinen Freunden Hilfe erwarten könne (Grossbritannien wird Malawi vorderhand jährlich mit 3 Mio Pfund unterstützen). "Bevor wir aber andere um Hilfe bitten, müssen wir uns selbst helfen". Interessant auch Bandas Charakterisierung der Aussenpolitik Malawis, die er zwar als "non alignment" im kalten Krieg, daneben aber einigermaßen elastisch als "discretionary alignment" bezeichnete, womit er gegenüber der Umwelt mög-

lichst freie Hand behalten will. Von seiner Leidenschaft hingerissen wird aber Banda, wenn er, in jeder Rede fast unvermeidlich, auf seinen Erzfeind Welensky zu sprechen kommt, "this stupid fool with his stupid Federation", wie er sich auszudrücken pflegt. Sein Hass gegen den Mann, der ihn ins Gefängnis warf, scheint unauslöschlich. Besonders in Wallung brachte ihn die Meldung, dass Welensky wieder aktiv in die Politik Südrhodesiens eingreifen könnte. Er will dies nicht dulden: "If Welensky keeps out of politics, I shall stay sensible; but if he asks for trouble, if he comes back, Kamuzu Banda will become a madman!"

Prinz Philipp ist der Rolle als Vertreter der Königin ausgezeichnet gerecht geworden und hat es durch seine direkte, unkomplizierte Art offensichtlich verstanden, auch Banda persönlich für sich zu gewinnen. Viel Erfolg hatte er in einer Tischrede mit einem Hinweis auf den Wandel der Zeiten. Heute werde die Unabhängigkeit eines neuen Staates mit Feierlichkeiten und Geschenken begangen. Wie unterscheide sich dies doch von der Epoche, als England seine Unabhängigkeit von den Römern errang: keine Feste, keine Geschenke! Das wenige, was die Römer den Engländern zurückgelassen hätten, seien die einzigen geraden Strassen gewesen, die es heute im Lande noch gibt. Er hoffe, dass England seinerseits doch etwas mehr für Malawi getan habe. In der gleichen Rede lobte Philipp den Patriotismus, den er als Basis des staatlichen Lebens bezeichnete und dem Nationalismus, "diesem verächtlichen Auswurf des Patriotismus", gegenüberstellte. Hier vermochte ihm Banda in seinem Hochgefühl nicht beizupflichten; für ihn ist, wie er entgegnete, Nationalismus in Wahrheit "patriotism at its best".

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass die schweizerische Delegation nicht verfehlte, dem Premierminister, dem sein Aussenminister zur Seite stand, in Privataudienz die traditionelle Atmos-Uhr als Geschenk zu überreichen. Banda nahm sie sichtlich erfreut mit dem Bemerkten entgegen, es sei uns doch bekannt, dass man Malawi als die afrikanische Schweiz zu bezeichnen pflege. Wir konnten dies bestätigen.

Teilnehmende Delegationen

Zu etwelchen, teils erregten Diskussionen gab die Teilnahme gewisser ausländischer Delegationen an den Feierlichkeiten Anlass.

Vor allem war es auf den ersten Blick überraschend, in der Geburtsstunde eines afrikanischen Staates eine offizielle portugiesische Delegation, der ein Admiral vorstand und die mit allen gebührenden Ehren empfangen wurde, anzutreffen. Ein Blick auf die Karte gibt die Erklärung: solange die Pläne, den Njassasee durch eine Eisenbahn mit einem Hafen am Indischen Ozean in Tanganyika zu verbinden, nicht verwirklicht sind, führt der einzige Bahn- und Wasserweg des Binnenlandes Malawi zur Aussenwelt über das portugiesische Gebiet von Mozambique nach der Hafenstadt Beira und der Mündung des Sambesi. Banda ist sich dieser vitalen Tatsache bewusst und trägt ihr realistisch Rechnung. Schon im vergangenen Mai hatte er Mozambique besucht, mit den Portugiesen ein günstiges Abkommen ausgehandelt und zugesichert, dass er auf Malawi-Boden keine Subversion gegen das portugiesische Regime dulden werde. Der Sturm der Entrüstung, der sich hierauf unter besonders eifrigen afrikanischen Nationalisten erhob, hat ihn nicht davon abgehalten, Portugal nun auch zur Unabhängigkeitsfeier einzuladen. Es verlautet zudem, dass das portugiesische Konsulat in Blantyre demnächst in eine Botschaft umgewandelt werden soll.

Aehnliche Ueberlegungen waren für die Einladung an den südrhodesischen Ministerpräsidenten Jan Smith massgebend, obwohl dieser eine extremere "Settler"-Politik betreibt als seinerzeit Welensky. Smith erschien zwar nicht persönlich, liess sich aber durch seinen Landwirtschaftsminister, Lord Graham und dessen Gattin vertreten, die ihrer heiklen Aufgabe mit viel Geschick gerecht wurden. Auch hier liegt die weiter andauernde enge wirtschaftliche Verquickung mit dem früheren Föderationspartner zugrunde. Einer persönlichen Einladung Bandas gab auch der gewesene südrhodesische Ministerpräsident Winston Field Folge; beide hatten erst unlängst zwischen ihren beiden Ländern eine sehr konstruktive Handelsabmachung getroffen.

Mit seinem Verhalten gegenüber Portugal und Südrhodesien hat Banda, im Interesse seines Landes, gegenüber gewissen afrikanischen

Zwangsvorstellungen eine bemerkenswerte geistige Unabhängigkeit an den Tag gelegt.

Südafrika befand sich nicht unter den Eingeladenen. Dies wäre wohl doch über die afrikanische Toleranzgrenze hinausgegangen. Immerhin unterblieb jegliche verbale Attacke gegen dieses Land, mit dem die wirtschaftlichen Beziehungen ebenfalls weitergehen. (Nur der Kuriosität halber sei erwähnt, dass an der "garden party", in deren Verlauf die Delegationen dem Prinzen Philipp vorgestellt wurden, sämtliche Getränke, wie ich mich selbst überzeugte, aus Südafrika stammten.)

Dagegen hielt es Banda für richtig, beide China zu den Feiern zu bitten. Beide haben angenommen; doch hat dann Peking, als es vernahm, dass Formosa anwesend sein würde, auf das Erscheinen verzichtet. Bandas Kommentar lautete dahin, dass er mit jedermann in freundlichen Beziehungen zu stehen wünsche, sich um keine kalten Kriege, auch nicht um jene zwischen den beiden China, kümmern wolle und es nur bedauern könne, dass Peking ferngeblieben sei.

Gegenüber Deutschland bewegte sich Banda allerdings auf einer anderen Linie: nur die Bundesrepublik wurde eingeladen. Durch massive Hilfe und durch die Umwandlung des früheren Honorarkonsulates (unser Landsmann Abegg wirkte 10 Jahre lang als deutscher Konsul) in ein Berufs-Generalkonsulat, das nun zur Botschaft erhoben wird, war die BRD der DDR schon seit einiger Zeit zugekommen. Mit BundesInnenminister H ö c h e r l (CSU) war sie übrigens an den Unabhängigkeitsfeiern prominent vertreten: - Ähnliches gilt für Israel, das der arabischen Agitation in Afrika mit Erfolg entgegenzuwirken trachtet und den bekannten M o s h e D a j a n an die Feiern delegierte.

IV. SUEDRHODESIEN (8. - 11. Juli)

Vorbemerkungen

Die Probleme Südrhodesiens sind bekannt. Auf ca. 250'000 km² stehen einer Bevölkerung von gegen 3,8 Millionen Schwarzen immer noch, trotz einer gewissen Abwanderung, rund 220'000 Weisse gegen-

über, die das gute Klima des Hochlandes, der fruchtbare Boden (Tabak, Mais, Baumwolle, Erdnüsse, Viehzucht) und die Bodenschätze (z.B. grosse Asbest-Zement-Mine der Gruppe Schmidheiny) als Siedler ins Land gezogen hatten. Werden diese Siedler, angelehnt an Südafrika, ihre Vorherrschaft erhalten können, werden sie - wie es die Regierung androht - unter Umständen einseitig die Unabhängigkeit proklamieren, sind andererseits vermehrte Unruhen der Schwarzen zu befürchten, wird es schliesslich möglich sein, in dieser schwierigen Lage einen friedlichen Ausgleich zu finden? Ein Aufenthalt von nur wenigen Tagen in Südrhodesien, wo auch rund 430 Schweizer leben, die vom Konsulat in Salisbury - einer modernen, grosstädtisch wirkenden Kapitale von 315'000 Einwohnern - betreut werden, erlaubt kein abgeschlossenes Urteil. Immerhin mögen die nachstehend wiedergegebenen Aeusserungen von Persönlichkeiten aus verschiedenen Lagern, mit denen der Unterzeichnete zusammenzukommen Gelegenheit hatte, gewisse Eindrücke vermitteln. Zum besseren Verständnis sei vorausgeschickt, dass das politische Leben des Landes von zwei Parteien beherrscht wird: der gemässigten, heute in der Opposition stehenden "Rhodesian National Party" (der als Präsident der frühere Premier Whitehead vorsteht; auch der ehemalige Föderations-Premier Welensky gehört ihr an), sowie der kompromisslosen "Rhodesian Front", die heute am Ruder steht (Kabinette Winston Field und Jan Smith).

Lord James Angus Graham (Duke of Montrose), Minister of Agriculture and Natural Resources.

Durch die alphabetische Sitzordnung an den Feiern in Blantyre waren Lord Graham und der Unterzeichnete Nachbarn geworden. Als dieser von meinem geplanten Abstecher nach Salisbury erfuhr, hielt er sich hier einen Tag lang für mich frei. Der Morgen war der Besichtigung einer Auktion, wo in riesigen Hallen täglich Tausende von Ballen Rohtabak umgesetzt werden, sowie einer neuzeitlichen, vom Staate errichteten Siedlung für etwa 12'000 Afrikaner in der Nähe der Hauptstadt gewidmet. Nach dem Mittagessen in seinem Stadthaus führte mich Lord Graham den ganzen Nachmittag durch seine etwa 40 Meilen von Salisbury gelegene 3000 acres-Farm (Anbau von Mais, ca. 1300 Stück Vieh, dessen Qualität er durch Kreuzungen dauernd zu verbessern trachtet, über 100 Landarbeiter). Der Betrieb ist

mustergültig, das System des liebenswürdigen, heute 57-jährigen Besitzers, der sein Reich in 33-jähriger harter Arbeit selbst aufgebaut hat, im besten Sinne patriarchalisch; die schwarzen Arbeiter, die er nicht nur entlohnt, sondern denen er auch die Lebensmittel als Teil ihres Lohnes liefert und um deren Sorgen er sich persönlich kümmert (er spricht ihr Idiom fliessend) sind ihm offensichtlich zusetzen. Graham selbst betrachtet sich nicht als Politiker. Er ist aber stolz auf sein Lebenswerk, will es erhalten und hat sich deshalb entschlossen, sein Prestige der Regierung zur Verfügung zu stellen. "Können wir dies alles, unsere Farmen, unsere fortschrittliche Organisation, unsere prosperierende Wirtschaft, den Schwarzen überlassen, denen es unter den Händen zerrinnen wird?" ist die Quintessenz seines Denkens, das er eher durch die Demonstration als durch viele Worte glaubhaft zu machen versuchte.

Dem Premier von Malawi, Banda gegenüber ist er, auch wenn er sich in Blantyre nichts anmerken liess, von tiefem Misstrauen erfüllt. Es sei für Südrhodesien, das lange vor allen anderen, seit 1923, unter "self government" steht, schmerzlich, die übrigen, viel rückständigeren Gebiete nun zuerst von England die Unabhängigkeit erlangen zu sehen. Die Frage einer unilateralen Unabhängigkeitsproklamation werde deshalb erwogen. Doch möchte die Regierung in Salisbury den Anschein vermeiden, als versetze sie sich ins Unrecht, und werde den Schritt nicht ohne zwingendes äusseres Ereignis tun.

Henry Reedman, Minister of Roads, Immigration and Tourism.

Verglichen mit dem ausgewogenen Lord Graham ist Reedman ein fanatischer Verfechter der weissen Vorherrschaft. Gilt als extremster Vertreter seiner Partei. Argumentiert mit dem hohen Lebensstandard in Südrhodesien, der sich nur aus der weissen Suprematie erklären lasse. Die Schwarzen sind zur modernen Staatsführung nicht befähigt. Aethiopien, das 2000 Jahre lang dazu Gelegenheit hatte, ist der rückständigste Staat des afrikanischen Kontinents. Was die schwarzen Führer anstreben, sei nur "power for themselves and poverty for the people". Aber auch das Parteiensystem der weissen Südrhodesier sei falsch, weil es den Zusammenhalt zerstört. Was Reedman vorschwebt - er überreicht mir sogar ein gedrucktes Projekt, das er allerdings ausdrück-

- 18 -

lich als seine persönliche Idee bezeichnet -, ist eine berufsständische politische Ordnung. In ihr würden "equal opportunities for everybody" gleich welcher Farbe bestehen, sofern nur die entsprechenden Fähigkeiten vorhanden wären. Damit wären auch alle heutigen Probleme auf einen Schlag gelöst. Meinen Hinweis auf die Ähnlichkeit mit dem italienischen Faschismus will er nur bedingt gelten lassen, weil seinem Plan das diktatorische Element fehle. - Andererseits erklärt er, von jeher ein Gegner der Föderation Rhodesien/Njassaland gewesen zu sein. "The Federation was bad from the start". Man habe allzu verschiedenartige Elemente in sie pressen wollen. Banda's Opposition sei richtig gewesen. Wenn Banda "leftist people" wie Whitehead und Welensky hasst, dagegen Leute wie Field und Smith respektiert, so deshalb, weil diese nicht scheinheilig von einer "partnership" reden, sondern die Dinge von Anfang an eindeutig klarstellen. Der Schwarze sei daran gewohnt, dass ihm der Weisse sage, was er zu tun hat. "The black prefers a white boss to a black boss". Dies sei die natürliche Ordnung, die es zu erhalten gelte.

David Butler, Chairman der oppositionellen "Rhodesian National Party".

Reich, etwa 36-jährig, Sportsmann (wird als Segler an der Olympiade von Tokio teilnehmen; kennt auch die Schweiz von zahlreichen Regatten her gut), scheint Politik gewissermassen als Hobby zu betreiben. Auf meine Frage nach dem wesentlichen, für den Aussenstehenden nicht eindeutig erkennbaren Unterschied zwischen den südrhodesischen Parteien weiss er nicht sehr klar zu antworten. Im Grunde wünschen beide Parteien die weisse Vorherrschaft zu erhalten, divergieren aber um einiges in der Methode. Der Hauptunterschied liegt heute wohl darin, dass die Regierungspartei, die sich vornehmlich aus den Siedlern und dem sog. "white trash" teils südafrikanischer Herkunft rekrutiere, eine unilaterale Unabhängigkeitserklärung anstrebe, während die Opposition, deren Anhänger eher Einwanderer jüngeren Datums, Städter und Intellektuelle seien, auf den Verbleib im Commonwealth Wert legen, mit dem sie sich noch stark verbunden fühlen und das sie weiterhin als beste Sicherung betrachten.

Dr. A. Palley, Member of Parliament.

Anwalt und Kinderarzt. Aus England eingewandert. Lässt seine beiden

./.

Töchter in der Schweiz erziehen. Einziges unabhängiges Parlamentsmitglied. Gibt mir die klarste Analyse der südrhodesischen Situation.

Auszugehen ist vom komplizierten Wahlsystem mit den beiden verschiedenen Wählerlisten. Auf das wesentliche reduziert und etwas vereinfacht lässt es sich wie folgt skizzieren:

- Um sich auf der sog. A-Roll einschreiben zu können, bedarf es gewisser Qualifikationen in bezug auf Einkommen und Erziehung (dabei sind die Ansprüche an die Erziehung umso niedriger gehalten, je höher das Einkommen liegt). Theoretisch könnten sich heute höchstens 2500 Schwarze für diese Liste qualifizieren. Praktisch enthält sie aber nur Weisse. Der A-Roll steht die Wahl von insgesamt 50 Parlamentariern zu.
- Die Anforderungen für die B-Roll sind zwar geringer, aber immer noch derart, dass sich für sie heute nur etwa 25'000 (die Regierung spricht ihrerseits von 50 - 70'000) von insgesamt 3,8 Mio Schwarzen qualifizieren könnten. Effektiv registriert sind 11'000 Schwarze. Es stehen ihnen 15 Parlamentssitze zu. Davon sind 14 durch Afrikaner besetzt, der restliche durch meinen Gesprächspartner Dr. Palley, der also der einzige von Schwarzen gewählte weisse Parlamentarier ist.

Durch dieses System wird die weisse Vorherrschaft konsolidiert. Zwar wird argumentiert, dass auch der Afrikaner, wenn er mehr Erziehung und Geld erwirbt, auf die A-Roll kommen kann. In Wirklichkeit fehlt ihm aber die Möglichkeit dazu. "Dies ist, wie wenn Rockefeller zu uns käme und uns verkündete, auch wir könnten Millionäre werden". Nach Schätzungen von Dr. Palley wird es mindestens 20 bis 25 Jahre dauern (die Regierung sagt: 10 - 15 Jahre), bis die Schwarzen die Hälfte der A-Roll für sich gewinnen könnten.

So lange kann aber nicht zugewartet werden. Keine der beiden politischen Parteien besitzt die Unterstützung der Schwarzen. Nach Ansicht Dr. Palleys liegt die einzige Chance des Weissen, seine wirtschaftliche Stellung in Südrhodesien zu bewahren, darin, sich mit dem Schwarzen politisch zu verständigen, ihn sukzessive zur politischen Verantwortung heranzuziehen. Beides, wirtschaftliche und politische Hegemonie, lässt sich ohne schwere Gefahren auf die Dauer nicht erhalten.

Die politischen Parteien der Weissen haben dies noch nicht eingesehen. Ihre Grundauffassungen weichen kaum voneinander ab. Lediglich auf dem Gebiete des Landerwerbs und der Segregation ist die Opposition verständiger:

- sie ist bereit, den freien Landerwerb ohne Rücksicht auf die Rassenzugehörigkeit jedermann einzuräumen, während die Regierung immer noch strikte am sog. "land apportionment" festhält, das den Weissen und den Schwarzen ganz bestimmte, nur für ihre Rasse reservierte Gebiete zuteilt;
- die Opposition will die gesetzliche Segregation in Kinos, Gaststätten und öffentlichen Lokalitäten aufheben; in privaten Institutionen soll der Entscheid dem Eigentümer anheimgestellt und dieser ausserdem zur Duldung Schwarzer ermuntert werden. - Palley selbst möchte hier noch einen Schritt weitergehen und die Segregation, wie in USA, gesetzlich überhaupt verbieten.

Das Ziel Palleys besteht darin, zwischen Europäern und Afrikanern - obwohl er für die meisten Weissen als Abtrünniger gilt - einen Ausgleich herbeizuführen. Er glaubt, durch das Vertrauen, das ihm die Schwarzen, auch deren politische Führer entgegenbringen, dazu befähigt zu sein. Heute wäre es seines Erachtens noch möglich, einen solchen Ausgleich durch eine Verfassung, die den Schwarzen entweder nach einer Uebergangsperiode von etwa 5 Jahren die parlamentarische Mehrheit sichern oder ihnen die sofortige parlamentarische Parität gewähren würde, zu erreichen. Bald könnte es aber zu spät sein.

Die von den Weissen angestrebte staatliche Souveränität wird von der schwarzen Bevölkerung, welche davon unter den heutigen Voraussetzungen nur eine Verewigung der europäischen Suprematie befürchtet, abgelehnt. Der Verbleib im Commonwealth, auch unter der gegenwärtigen Verfassung, scheint dem Afrikaner immer noch eine bessere Sicherung seiner Belange zu bieten.

Die Bemühungen des Kabinettes Smith, sich an Südafrika anzulehnen, beurteilt Palley skeptisch. Südafrika habe kein Interesse, sein Verhältnis zu Grossbritannien und zur UNO noch weiter zu belasten, und lege deshalb gegenüber den südrhodesischen Avancen eine gewisse Reserve an den Tag. Während die Relation zwischen Schwarz

und Weiss in Südafrika heute ungefähr 3:1 laute, steht sie in Südrhodesien auf 17:1; durch Einschluss Südrhodesiens würde sie sich gesamthaft zu Ungunsten Südafrikas auf etwa 4:1 verschieben. Aber auch das von Welensky lancierte Schlagwort der "partnership" wäre (trotz Bandas Misstrauen: "he speaks of partnership and means domination") für Südafrika als Idee gegenüber der Apartheid nicht ohne Risiken.

V. TANGANYIKA-ZANZIBAR (11. - 14. Juli)

Vorbemerkungen

Tanganyika, mit einer Oberfläche von 940'000 km² und einer Bevölkerung von 9,2 Millionen Einwohnern, wovon rund 90'000 Asiaten, 25'000 Arabern und 20'000 Europäern, war bekanntlich bis 1917 deutsche Kolonie, bevor es nach dem Ersten Weltkrieg unter britisches Völkerbundsmandat gelangte, das nach Errichtung der UNO in eine Treuhandschaft umbenannt wurde. Seit dem 9. Dezember 1961 unabhängig, ist Tanganyika - heute als Republik - im British Commonwealth verblieben. Die kürzlichen Belastungsproben des jungen Staates durch die Meuterei seiner Truppen, die mit britischer Hilfe aufgefangen wurde, und den Aufstand in Zanzibar, den man vermittelst der Union beider Staaten zu neutralisieren hofft, sind noch in jüngster Erinnerung.

Trotz dem zeitlichen Abstand ist die deutsche Kolonialepoche im äusseren Anblick, namentlich der Hauptstadt Dar-es-Salaam (130'000 Einwohner) noch deutlich erkennbar. Der Umstand, dass britische Durchdringung und der britische Einsatz in diesem nur treuhänderisch verwalteten Gebiet entschieden weniger intensiv waren als in den eigentlichen Kolonien, hat zweifellos dazu beigetragen.

Die schweizerische Präsenz in Tanganyika ist imponierend. Dies gilt sowohl für die missionarische als auch für die wirtschaftliche Tätigkeit, die beide auf die Zeit nach Abzug der Deutschen zurückgehen. - Unter Leitung des schweizerischen Erzbischofs Maranta (aus dem Puschlav) sind in Dar-es-Salaam und Umgebung, aber auch in anderen Teilen des Landes rund 220 durchwegs deutschschweizerische Kapuziner-Missionare namentlich im Erziehungs- und Fürsorgewesen in vorbildlicher Weise tätig. Zu ihnen gesellt sich im Süden des Landes

eine 80-köpfige schweizerische Benediktiner-Mission. Zusammen machen die Missionare ungefähr die Hälfte des Bestandes der Schweizerkolonie aus. - Auf wirtschaftlichem Gebiet sind namentlich zu nennen die schweizerisch beherrschten Amboni Estates (Sisal; sehr umfangreiche Ländereien; ungefähr 8500 Arbeiter; der schweizerische General Manager ist gleichzeitig Präsident der "Tanganyika Sisal Growers Association"; Herr Walter Diener, der als Honorar-Generalkonsul die schweizerischen Belange seit Jahren vorbildlich betreut, gehört der Firma ebenfalls in leitender Stellung an) und die mit der Narok AG in Zürich eng verbundenen Burka-Kaffeeplantagen in Arusha (auch hier ist der schweizerische Leiter gleichzeitig Präsident der Kaffeeplanzer-Vereinigung des Landes).

Investitionsschutzvertrag

Der Umfang der schweizerischen Investitionen, die gesamthaft auf rund 30 Mio Fr. geschätzt werden, veranlassten EPD und Handelsabteilung, den Unterzeichneten, im Einvernehmen mit Herrn Botschafter Dürr, zu beauftragen, Tanganyika anlässlich seines dortigen Aufenthaltes den Abschluss eines Investitionsschutzabkommens, wie es ähnlich schon mit zahlreichen anderen afrikanischen Staaten besteht, vorzuschlagen. Begleitet von Generalkonsul Diener überreichte ich am 13. Juli, mit den erforderlichen Erläuterungen, sukzessive dem Finanzminister P. B o m a n i , dem Staatsminister "for Development Planning", Amir J a m a l , sowie dem "Minister of Commerce and Cooperatives", J.S. K a s a m b a l a , unseren Vertragsentwurf. Alle drei Gesprächspartner erwiesen sich dieser Initiative gegenüber recht aufgeschlossen. Finanzminister Bomani - er zeigte sich übrigens vom Défilé-Besuch in Dübendorf, den ihm das EPD anlässlich eines Schweizerbesuches ermöglicht hatte, tief beeindruckt - versprach ernsthafte Prüfung. Staatsminister Jamal, ein Asiate, war als Regierungsmitglied, das für die Entwicklungsplanung verantwortlich ist, offenbar besonders interessiert. Handelsminister Kasambala bedauerte, dass ihn die Genfer Welthandelskonferenz an einer Vorsprache in Bern verhindert habe, und versicherte, dass die Saat unseres Vertragsentwurfes bei ihm auf fruchtbaren Boden falle. - Eine sofortige materielle Antwort war natürlich nicht zu erwarten. Es wird nun zunächst einer

- 23 -

gewissen "Inkubationszeit" bedürfen, wobei schweizerischerseits die Angelegenheit durch geeignete Rechargen wach zu halten ist. - Die zuständigen Stellen in Bern sind bereits eingehend informiert worden.

Staatsminister Jamal

Die Vorsprache bei Jamal bot auch Gelegenheit, die Frage der Ostafrikanischen Föderation aufzuwerfen. Tanganyika ist, wie er betonte, jederzeit bereit, mit einem oder mehreren Staaten in eine Föderation zu treten. Die Union mit Zanzibar sei dafür kein Hindernis, im Gegenteil. Tanganyika bedauert es sehr, dass die Föderationsidee in Kenya und Uganda aus inneren Gründen zunehmend auf Indifferenz wenn nicht gar auf Ablehnung stösst. Es wäre besser gewesen, überhaupt nicht von einer Föderation zu sprechen, wenn man nicht wirklich gewillt war, den Gedanken, der dadurch nur diskreditiert wird, in die Tat umzusetzen. Je länger man zuwartet, je mehr sich die Einzelstaaten mit ihrer partikulären Gesetzgebung und Organisation auseinanderleben, desto schwieriger wird es sein, sie in einer Föderation doch noch auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. - In bezug auf die Union mit Zanzibar sei Behutsamkeit geboten, wenn die ausländischen Einflüsse auf der Insel erfolgreich blockiert werden sollen. Doch wird Tanganyika auch diese Krise, wie seinerzeit die Meuterei, überwinden. Eine besondere Schwierigkeit bildet die ostdeutsche Vertretung auf Zanzibar. Es sei falsch, Tanganyika für die deutsche Spaltung verantwortlich machen zu wollen. "As far as we are concerned, the East German Mission in Zanzibar is now considered as a consulate". - Jamal hätte natürlich gern möglichst umfangreiche technische Hilfe aus der Schweiz.

Hasnu Makame, "Minister of State" im Aussenministerium, also praktisch Vizeausserminister.

Kommt aus Zanzibar und wurde dem Aussenminister Kambona im Zeichen der Union beigeordnet. Etwa 35-jährig, herzlich und beflissen, aussenpolitisch aber recht ahnungslos. Bittet mich, ihm die Hallstein-Doktrin, von der er nur sehr nebelhafte Vorstellungen hat,

./.

(im Gegensatz zu Jamal, der darüber genauestens im Bilde war), zu erklären. Betrachtet seinerseits, anders als sein Regierungskollege Jamal, die ostdeutsche Vertretung auf Zanzibar immer noch als Botschaft. Sein Rezept: die beiden Deutschland sollen zusammensitzen, um gemeinsam zu entscheiden, welches der beiden nun eine Botschaft in der Union unterhalten will. Ich habe einige Mühe, ihm plausibel zu machen, weshalb mir das schwierig erscheint.

Dr. Schröder, Botschafter der BRD

Ist seinerseits über das obige Problem sehr besorgt. Die Regierung von Tanganyika kenne die deutsche Haltung genauestens. Durch ihr Beharren auf einer ostdeutschen Botschaft in Zanzibar versetze sich die DDR ins Unrecht, und es wäre eigentlich zu erwarten, dass Nyerere durchgreife. Deutschland würde es sehr bedauern, wegen der gegenwärtigen Zweideutigkeit seine Botschaft in Dar-es-Salaam schliessen zu müssen. Als äusserste Konzession könnte man sich in Bonn mit einem Konsulat des Zonenregimes ohne Exequatur (ägyptische Formel) abfinden. - Die Union selbst sei vorderhand noch weitgehend Fiktion. Karume, obwohl Vizepräsident der Union, betrachtet sich immer noch als Aussenminister von Zanzibar. Einzig die von ihm ausgestellten Visa werden auf der Insel anerkannt, Reisende dagegen, die "nur" eine Bewilligung des offiziellen Aussenministeriums in Dar-es-Salaam aufzuweisen haben, weiterhin zurückgewiesen. Diese Situation kann nicht andauern.

Erzbischof Maranta

Unser Landsmann, der mich einen Nachmittag lang in seine verschiedenen Institutionen geleitete, ist seit 1925 in Tanganyika. Gerade weil sich Grossbritannien für das Mandatsgebiet nur beschränkt interessierte, habe es den ausländischen Missionen weitgehend freie Hand gelassen. Dadurch wurde im Laufe der Zeit ungefähr ein Drittel der Bevölkerung christianisiert; ein weiteres Drittel bekennt sich zum Islam, der Rest ist noch heidnisch. Als gläubiger Christ ist Präsident Nyerere, der jahrelang auf einer von Marantas Missionsschulen als Lehrer tätig war (Doktor der Naturwissenschaften der Universität Edinburgh) genötigt, gegenüber den Mohammedanern, um sich keinen Vorwürfen auszusetzen, besondere Rücksicht an den Tag zu legen. Der Prä-

sident ist ein hochgebildeter und fein empfindender Mann, hat die Bibel, aber auch den Julius Caesar von Shakespeare (der zurzeit in einer von Marantas Missionsschulen in Dar-es-Salaam in der Landessprache aufgeführt wird) ins Suaheli übersetzt. In seinen Bemühungen um das Land verdient er alle Ermutigung und Hilfe. Die christlichen Missionen gleich welchen Bekenntnisses stehen solidarisch zusammen, um ihn zu unterstützen. Als Mann der Analyse und des Gewissens, dem aber die Entschlusskraft gelegentlich mangelt ("von des Gedankens Blässe angekränkelt" und nicht selten depressiv, wie NZZ-Korrespondent Lüdeke in Nairobi ihn mir charakterisierte), bedarf er dieses Beistands.

VI. AETHIOPIEN (15. - 17. Juli)

Der kurze Aufenthalt in Aethiopien war im wesentlichen einem interessanten Gedanken- und Beobachtungsaustausch mit Herrn Botschafter Dürr über die ostafrikanischen Probleme und unsere künftige Vertretungsorganisation in diesem Teile Afrikas gewidmet. Für politische Kontakte und damit auch für eine Berichterstattung, die im übrigen unserem Botschafter zusteht, fehlte die Zeit.

VII. SUDAN (17./18. Juli)

Vorbemerkungen in bezug auf den Sudan, der schon 1956 seine Unabhängigkeit erlangte und bei uns im allgemeinen bekannter ist als die ostafrikanischen Staaten, dürften sich erübrigen. Es sei lediglich erwähnt, dass dieses Land mit seiner Ausdehnung von 2,5 Mio km² (60 mal so gross wie die Schweiz) eine Bevölkerung von 10,3 Mio aufweist. Unsere Botschaft in Khartoum mit Herrn Etienne Suter als Geschäftsträger betreut rund 50 Landsleute und widmet sich vor allem dem Ausbau des schon recht ansehnlichen gegenseitigen Handelsverkehrs. - Obwohl nur kurz, erlaubte es mein Aufenthalt doch, einige interessante Kontakte aufzunehmen.

Sayed Fadl Obeid, Assistant Under Secretary im Aussenministerium.

Der Sudan ist ein mehrrassiger Staat (Negroïde, Niloten, Nubier, Araber, Aethiopier und verschiedenste Mischlinge). Damit bilde das Land, ähnlich übrigens wie die Schweiz in Europa, eine Brücke zwischen dem arabischen und dem schwarzen Afrika. Im allgemeinen falle der Ausgleich zwischen den Zielen der Arabischen Liga und der afrikanischen Einheit nicht schwer. Einzige Differenz sei die Haltung gegenüber Israel. Auch hier versuche der Sudan, der zwar die Linie der Arabischen Liga verfolgt, aber Extreme vermeidet, vermittelnd zu wirken. Die Meinungsverschiedenheit sei als Tatsache zu akzeptieren und dürfe nicht zur Ursache eines Zerwürfnisses werden.

Mein Gesprächspartner war seinerzeit mit der UNO-Aktion Hammarskjölds im Kongo eng verbunden. Ich befrage ihn deshalb nach seiner Haltung gegenüber Tschombé. Sie ist - frei von jeder doktrinären Einstellung - vorsichtig abwägend. Man wird Tschombé nach seinen Taten beurteilen. Der Sudan ist, wie andere Nachbarstaaten des Kongo, vor allem an der Stabilisierung dieses Landes interessiert, damit nicht der Virus der Rebellion und der Sezession über die Grenze, die beidseits teils von den gleichen Stämmen bewohnt wird, hinüberdringe. (Aehnliches hatte ich schon in Tanganyika gehört). Die Aufnahme Munungos, der in Katanga der starke Mann hinter Tschombé war, sowie Kalondjis in das Kabinett, ebenso der Rückruf der Söldner seien zwar nicht unbedenklich. Es wäre aber verfrüht, schon jetzt ein negatives Urteil abgeben zu wollen.

Sayed Salah Osman Hashim, Leiter der "Political Section" im Aussenministerium, äussert sich noch entschiedener zugunsten Tschombés. Der Eindruck über ihn werde durch die Propaganda aus Ghana und Algerien verfälscht. In Wirklichkeit sei er intelligent und geschickt. Es sei zu hoffen, dass ihm, auch im Interesse des Sudans, Erfolg beschieden werde. Für die unmittelbaren Nachbarn des Kongo sei dessen Befriedung äusserst wichtig. - Einen besonderen Kranz windet mein Gesprächspartner den Engländern, die es verstanden hätten, den Sudan, anders als die Belgier im Kongo, richtig auf die Unabhängigkeit vorzubereiten. Auch die Diskretion der britischen Berater

steche wohlthuend vom Verhalten französischer Experten in den "pays d'expression française" ab, wo sie sich immer noch wie die Herren aufführten. Die sudanesishe Regierung befleissige sich ihrerseits einer realistischen Einstellung. Auf Prunkbauten wird verzichtet. Minister und Chefbeamte leben bescheiden. Zuerst gilt es, die Nation als ganzes zu fördern. Dies geschehe ohne anti-imperialistische Komplexe. "Die koloniale Vergangenheit ist als Teil unserer Geschichte, die zwar manche negative, aber auch viele positive Seiten aufwies, zu akzeptieren".

Sayed Baghir Mohamed El Baghir, Assistant Permanent Under Secretary, Acting Head of the Ministry of Foreign Affairs.

Hat persönlich durchaus Verständnis für den Entschluss Bandas, Südrhodesien sowie namentlich Portugal zur Unabhängigkeitsfeier einzuladen und mit beiden Staaten "working relations" aufrecht zu erhalten. Es sei leicht, Banda zu kritisieren. Man dürfe aber die vitalen Interessen nicht übersehen, die für Malawi auf dem Spiele stehen. - Würde es begrüßen, wenn die schweizerischen Investitionen im Sudan ausgeweitet werden könnten. Hat vom neuen Engagement der Gruppe Schmidheiny in der sudanesischen Zementindustrie gehört und lässt durchblicken, dass er diese privatwirtschaftliche Beteiligung der Einflussnahme durch einen ausländischen Staatsbetrieb vorzieht.

Major Alb. Durré, belgischer Militärattaché, Kenner des Kongo und des südlichen Sudan, äusserte sich schliesslich zu den kürzlichen sudanesischen Verfolgungen der Missionare. Ohne sie zu billigen, räumt er ein, dass - namentlich von italienischen katholischen Missionen - in den südlichen Unruhegebieten des Sudan Ungeschicklichkeiten begangen wurden und eine gewisse Renitenz der Bevölkerung gegen behördliche Anordnungen von ihnen zumindest wohlwollend geduldet wenn nicht gar ermutigt worden sei. Dies habe die Gegenmassnahmen der Regierung ausgelöst, welche dann leider - wie oft in solchen Fällen - auch Unbeteiligte getroffen hätten. Für Durré besteht kein Zweifel, dass zudem von Brazzaville über den früher belgischen Kongo bis nach dem Südsudan hinein ein schwunghafter Waffenhandel (chinesische Einflüsse?) vor sich gehe, vor dem die erwähn-

ten Missionare bewusst die Augen geschlossen hätten. - Nachdem inzwischen durch Vermittlung des libanesischen Aussenministers die Lage der Missionen wieder einigermaßen konsolidiert werden konnte, scheint das Problem an Schärfe zu verlieren. Staaten wie die USA, die BRD und Niederlande haben trotz der obigen Vorkommnisse ihre technische Hilfe an den Sudan weitergeführt.

VIII. SCHLUSSBEMERKUNG

Es ist mir ein Bedürfnis, zum Abschluss den Herren Botschafter Dürr in Addis Abeba und Maurice in Kairo, den Geschäftsträgern Grob in Nairobi und Suter in Khartoum, Herrn Konsul Knüsi in Salisbury, Herrn Generalkonsul Diener in Dar-es-Salaam und unserem Landsmann, Herrn Johann Abegg in Blantyre, für die mir gewährte Hilfe und Gastfreundschaft herzlich zu danken. Ohne ihre sorgfältige Vorbereitung wäre es unmöglich gewesen, in der kurzen Frist von drei Wochen ein so gedrängtes Programm reibungslos abzuwickeln. Auch Herrn Zimmermann, Leiter unseres Reisedienstes, gebührt für die minutiöse Organisation der Reise Dank und Anerkennung.

Bern, den 29. Juli 1964

sig. Raymond Probst